

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 22. November 2017

3498. 2016/404

Motion der SP-Fraktion vom 23.11.2016:

Durchführung eines Pilotversuchs mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Urs Helfenstein (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 2442/2016):
Die Motion fordert einen Pilotversuch, keine Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens. Der Versuch soll auf die ganze Stadt angewendet werden. Es gibt einen Zusammenhang zur Volksinitiative aus dem Jahr 2016 für ein bedingungsloses Grundeinkommen. In den Kreisen 4 und 5 wurde die Initiative mit rund 55 % angenommen. Dies war die Inspiration zu dieser Motion. Die Kreise 4 und 5 sind eine Art Zukunftslabor für unsere Stadt. Die Abstimmungsentscheide dieses Wahlkreises sind der Realität in der Regel eine bis zwei Generationen voraus. Nach Einreichen der Motion war von einer Zwängerei die Rede. Die Volksinitiative sei abgelehnt worden. Das ist uns bewusst. Es handelt sich aber bei der Idee wie erwähnt nicht um eine Einführung, sondern um einen Pilotversuch. Gemäss einer repräsentativen Umfrage des Instituts gfs.bern rechnen 69 % der Befragten mit einer zweiten Abstimmung zu diesem Thema. Von jenen, die damit rechnen und auch möchten, dass ein Versuch durchgeführt wird, hat sich rund die Hälfte dafür ausgesprochen, dass dieser in einer Stadt oder Gemeinde in der Schweiz stattfindet. Im Bericht des Stadtrats stehen zwei Punkte im Zentrum. Erstens darf es in der Schweiz und insbesondere im reichen Zürich keine Working Poor geben. Wer voll arbeitet, muss davon leben können. Zweitens braucht es Angebote für Menschen, die keine Stelle finden und keine Perspektive haben. Hier sind nicht nur staatliche Stellen gefragt, sondern auch private Arbeitgeber. Diese können nicht von der Digitalisierung profitieren und gleichzeitig die Verantwortung für die negativen Auswirkungen der Digitalisierung alleine an den Staat delegieren. Es ist nicht so, dass die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens Almosen wären oder dass es nur an Bedürftige ausbezahlt werden würde. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll unabhängig von der wirtschaftlichen Lage gesetzlich festgelegt den gleichen Betrag erhalten. Dieser würde ohne Gegenleistung von der Stadt ausbezahlt und wäre an gewisse Regeln gebunden, so etwa an das Bürgerrecht oder an die Volljährigkeit. Wir werden im Laufe der Diskussion zahlreiche Märchen und Ängste hören, vielleicht auch Hoffnungen vernehmen. Noch einmal: Es geht um einen Test, nicht um eine Einführung. Auch wir haben Zweifel und Ängste, aber bei uns überwiegen die Hoffnungen. Niemand im Rat weiss, was passieren wird. Mit der Motion möchten wir genau das herausfinden, indem ein langfristiges Forschungsprojekt angestossen wird. Wie jede Generation vor uns stehen auch wir vor grossen gesellschaftspolitischen sowie anderen Herausforderungen. Das bedingungslose Grundeinkommen könnte eine Möglichkeit darstellen, diese zu meistern. Tests an anderen Orten

der Welt lieferten vielversprechende Resultate. In der Schweiz ist weder von nationaler noch von kantonaler Seite ein solcher Test zu erwarten. Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir den Pilotversuch selber angehen müssen. Der Vorstoss wurzelt in einem E-Mail vom 11. Juni 2016 aus der Bevölkerung, das an eine Auswahl von Politikerinnen und Politikern aus dem Quartier gesendet wurde. Die SP ist stets in direktem Kontakt mit der Bevölkerung, sei es durch den Basis-Wahlkampf, in dem wir mit 15 000 Personen am Telefon das Gespräch suchen, damit sie uns ihre Sorgen und Wünsche mitteilen können, oder aber durch unsere gute Verwurzelung in der Stadt. Im Kern ist das bedingungslose Grundeinkommen eine Steuerreform. Man könnte zahlreiche Gesetze abschaffen. Fast alle sozialpolitischen Massnahmen könnten in einem einzigen Instrument zusammengefasst werden. Selbst der Internationale Währungsfonds sagte, das bedingungslose Grundeinkommen sei künftig eine mögliche Lösung. Ein Test für das bedingungslose Grundeinkommen ist keine Klientelpolitik. Es kann jeden und jede treffen. Bei einer Einführung würden alle gleichermassen profitieren, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Jemand sagte, das bedingungslose Grundeinkommen sei sozial, sozialistischer als jeder Sozialismus, und es sei liberal, kapitalistischer als jeder Kapitalismus. Darum müssen wir es testen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Die Motion hat uns im Sozialdepartement veranlasst, einige Themen im Umfeld von Arbeit, Arbeitsmarkt und Existenzsicherung im Zusammenhang mit den bestehenden Sozialsystemen genauer unter die Lupe zu nehmen. In Teilprojekten sind bereits Ansätze und Überlegungen vorhanden, diese wurden aber noch nie in einer Gesamtsicht zusammengestellt. Daraus entstand nun der vorliegende Bericht. Er stellt eine gute Grundlage für entsprechende Diskussionen dar. Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine Projektionsfläche für viele Themen. Diese reichen von Entbürokratisierung von Sozialsystemen über Digitalisierung oder über die Frage, ob uns die Arbeit ausgeht, bis zur Frage der Menschenwürde im Zusammenhang mit Sozialhilfe und Anforderungen der Sozialsysteme. Die Grundthematik lautet, inwiefern die Existenzsicherung in Zukunft durch Erwerbsarbeit möglich ist. Arbeit ist für die Existenzsicherung entscheidend. Wir sehen aktuell keinen Anlass oder keine Indikatoren dafür, dass uns die Arbeit quantitativ ausgehen sollte. Dafür gibt es zu viele Aufgaben, von denen unsere Gesellschaft möchte, dass sie erledigt werden. Erwerbsarbeit ist einerseits das Instrument, das diese Aufgaben erledigt und Wohlstand generiert, und andererseits auch der Weg, wie in einer modernen Gesellschaft die individuelle Teilhabe am Wohlstand gesichert wird, so dass die Einzelnen daran teilhaben können. Sollte sich der Arbeitsmarkt in die Richtung verändern, dass quantitativ nicht mehr genügend Aufgaben vorhanden sind, und sich ein Problem mit der finanziellen Absicherung ergeben würde, so haben wir heute durchaus die Instrumente dafür, um dies in einer ersten Runde über die Arbeitslosenversicherung, über die AHV, über die Sozialhilfe und über Ergänzungsleistungen abzufangen. Anschliessend bliebe noch genügend Zeit, um die Systeme dem Bedarf entsprechend anzupassen. Es entscheidet aber nach wie vor primär die konjunkturelle Situation darüber, wie viele Arbeitsplätze angeboten werden. In den Jahren nach der Finanzkrise war dies durchaus mitentscheidend für die Arbeitslosenquote an unter-

schiedlichen Orten und die generelle Entwicklung des Arbeitsmarkts. Ein zweiter entscheidender Punkt sind die Institutionen des Arbeitsmarkts, die Frage der Lohnbildung und die Frage, wie man sicherstellt, dass Menschen, die arbeiten, auch grundsätzlich einen existenzsichernden Lohn erhalten, wenn sie für sich selber sorgen müssen. Aktuell wird dieser Punkt an der Diskussion rund um Uber und um das Taxigewerbe sichtbar. Unser System kann nur dann funktionieren, wenn ein Lohn existenzsichernd ist. Wenn wir damit anfangen müssen, von Seiten des Sozialstaats Geld an Leute zu verteilen, die eigentlich arbeiten, haben wir ein Problem. Die Ergänzung von Löhnen kann keine flächendeckende Lösung sein. Hier sind die Arbeitsmarktinstitutionen, die Frage von Mindestlöhnen und die Frage von Gesamtarbeitsverträgen wichtig und entscheidend. Wir müssen hier Sorge tragen und nicht einer weiteren Prekarisierung von bestimmten Gruppen Vorschub leisten. Als weiterer Punkt ist aber auch klar, dass einzelne Gruppen Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt haben. Man muss gesondert anschauen, wie man mit dieser Herausforderung umgeht und wie man diese Gruppen unterstützen kann. Wenn zum Beispiel ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Arbeitsmarkt gefallen sind, ist der Weg zurück steinig. Diese Menschen sind in vielen Fällen auf Sozialhilfe angewiesen. In diesem Bereich sollte aber die Sozialhilfe nicht greifen müssen. Eine weitere Gruppe besteht aus Menschen ohne Berufsabschluss. Ihnen fehlt der entsprechende Bildungsrucksack. Man muss überlegen, wie dafür gesorgt werden kann, dass sie zu einer passenden Qualifikation kommen. Bisher fand die Debatte eher auf Papier statt. Es waren kaum reale Projekte vorhanden. Ein letzter Punkt: Das System der sozialen Sicherung kann nicht mehr allen Risiken so gut begegnen, mit denen wir heutzutage konfrontiert sind. Das ist einer der Punkte, an denen das bedingungslose Grundeinkommen anknüpft. Mit gezielten Massnahmen können die entsprechenden Lücken im sozialen Sicherungsnetz aber abgesichert werden. Davon sind wir überzeugt. Die Sozialhilfe ist als unterstes Netz zu stark gefordert. Andere Systeme fehlen oder wurden nicht den aktuellen Bedingungen angepasst. Eine Bemerkung zum Thema der Ablösung der bisherigen sozialen Sicherungsinstrumente durch ein bedingungsloses Grundeinkommen: Auch bei einem bedingungslosen Grundeinkommen gäbe es immer noch Menschen, die aufgrund von besonderem Bedarf auf zusätzliche Leistungen angewiesen wären. In diesem Sinne wäre es eher eine Grundlage eines neuen Sozialsystems, als dass es alles andere ablösen würde. Aber ich halte es nicht für ein sinnvolles System. Im Bericht führen wir den Handlungsbedarf auf und erläutern allfällige Möglichkeiten. Urs Helfenstein (SP) sprach davon, dass es sich nur um einen Pilot handle. Man müsse sich keine Sorgen machen bezüglich einer generellen Umsetzung, sondern könne Erfahrungen sammeln. Das stimmt. Ein Pilot bindet aber sehr viele Ressourcen. Momentan versuchen wir im Sozialdepartement, die angesprochenen Lücken und Probleme auf dem Arbeitsmarkt mit anderen Projekten gezielt anzugehen. Mit dem Pilotversuch zusammen müsste man dann sehr unterschiedliche Projekte auf unterschiedlicher Flughöhe gleichzeitig bewältigen. Deshalb stehen wir einem Pilot skeptisch gegenüber. Zur Thematik der Niedrigqualifizierten: Es braucht eine Strategie, die dies klar angeht und die richtigen Personen erreicht, die im Arbeitsmarkt davon betroffen sind. Wir wollen hier eine klare Verbesserung erreichen. Eine der grössten Lücken der übergeordneten Sozialsysteme betrifft die Familien. Ergänzungsleistungen für Familien fehlen im Kanton Zürich. Das finde ich persönlich sehr schade. Es wäre eine bedarfsabhängige Leistung

für Menschen, die zwar einen Job haben, aber nicht genügend Geld, um ihre Familie durchzubringen. Diese Leistung würde auf eine würdige Art und Weise das fehlende Einkommen ersetzen. Wir gehen verschiedene Thematiken im Zusammenhang mit der Sozialhilfe an. Auch die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern müssen wir wieder intensivieren. All diese Ansätze flossen in unseren «Fokus Arbeitsmarkt 2025» ein. Der erste Teil betrifft die Sozialhilfe. Diesen haben wir bereits in eine Strategie der sozialen und beruflichen Integration von Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügern in der Stadt umgemünzt. Das Projekt ist gut. Es hat für mich im Moment die höchste Priorität, wird aber einiges an Zeit und Energie in Anspruch nehmen und es wird eine Weile dauern, bis wir alles umsetzen können. Es ist wichtig, dass wir im Rat über solche Themen diskutieren. Die Diskussion wird mit dem heutigen Abend auch nicht abgeschlossen sein. Der Stadtrat ist bereit, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

Weitere Wortmeldungen:

Roberto Bertozzi (SVP): *Am 23. November 2016 hat die SP-Fraktion die Einführung eines bedingungslosen Einkommens gefordert. Dies mit der Begründung, dass die Vorlage damals vom Quartiervolk in den Kreisen 4 und 5 mit 54,7 % angenommen wurde. Der Pilotversuch sollte sich auf die ganze Stadt erstrecken und eine internationale Ausstrahlung haben. Die Stadt sollte diesbezüglich Vorbild sein. Ich finde es gut, wenn die Stadt ein Vorbild sein soll, aber ich sehe beliebig viele andere und bessere Möglichkeiten, wo sie diese Rolle einnehmen könnte. Wir wissen nicht, wie hoch das bedingungslose Grundeinkommen ausfallen soll, ob es sich nach dem Existenzminimum ausrichtet, nach den SKOS-Richtlinien, nach den Ergänzungsleistungen AHV/IV oder nach dem Betreibungsrecht. Das wäre dann allenfalls ein Betrag von 986 oder 1200 Franken pro Monat. Wir gehen aber davon aus, dass er wesentlich höher wäre. Unserer Meinung braucht es kein Pilotprojekt. Dieses wurde im 4. Jahrhundert nach Christus bereits in Britannien durchgeführt. Das römische Reich brach zusammen, die Römer zogen sich zurück. Bis zu diesem Moment mussten die Briten in Britannien Steuern an die Römer bezahlen. Deshalb gingen sie arbeiten. Als sich die Römer zurückzogen, brach das gesamte Wirtschaftssystem in Britannien zusammen. Die Leute brauchten kein Geld mehr. Sie gingen nicht mehr arbeiten und führten einen Warenhandel ein. Wenn man den ökonomischen Anreiz wegnimmt, dass jemand für sein Geld arbeiten muss, besteht kein Ansporn mehr, überhaupt etwas zu unternehmen in der Wirtschaft. Dies wirkt sich wirtschaftstechnisch sehr negativ aus. Eine Bemerkung zur Aussage, dass das Vorhaben auf eine Idee von 2016 zurückgeht: Die ersten Ideen zu einem bedingungslosen Einkommen wurden bereits 1960 zum Beispiel von Milton Friedman vertreten, allerdings verknüpft mit der Einkommenssteuer. Der Soziologe Ulrich Beck ging ebenfalls in diese Richtung. Am Anfang sagte er aber noch deutlich, dass Arbeit Normalität sei. Erst später, als er merkte, dass man das bedingungslose Einkommen ohne Gegenleistung besser vermarkten kann, nahm er Abstand davon. Er wurde massiv kritisiert, insbesondere auch wegen der gigantischen Bürokratisierung, die dadurch in Gang gesetzt wird. Wir halten es für falsch, dass man mit einem bedingungslosen Einkommen die falschen wirtschaftlichen Anreize schafft. Wir sind deshalb dezidiert gegen den Pilotversuch und allgemein gegen die Einführung eines bedingungslosen Einkommens. Gut fänden wir*

ein Recht auf Arbeit. Wenn jemand arbeiten will, soll er diese Möglichkeit haben und Geld verdienen können. Das ist für den Selbstwert eines Menschen wichtig. Dafür braucht es aber einen Inländervorrang.

Ezgi Akyol (AL): *Persönlich stehe ich der Idee eines bedingungslosen existenzsichernden Grundeinkommens grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Ich unterstütze insbesondere die Forderung, innovative Sicherungssysteme zu erproben, die den Gang in die Sozialhilfe unnötig machen. In Bezug auf das Grundeinkommen sind für mich aber noch zu viele Aspekte unklar, so etwa, ab wann ein Grundeinkommen existenzsichernd ist. Im Text zur Volksinitiative wurde damals bewusst auf eine Zahl verzichtet. Es stellt sich auch die Frage, wie gesichert werden kann, dass das Grundeinkommen nicht zu einer Sparübung wird. Die Mehrheitsverhältnisse auf nationaler Ebene stimmen mich wenig optimistisch. Ein Grundeinkommen darf auf keinen Fall alle sozialen Sicherungssysteme ersetzen. Im Motionstext wird auf ein Pilotprojekt in Finnland hingewiesen. Das ist genau die Art von Grundeinkommen, die ich keinesfalls befürworten kann. In Finnland wird durch das ausbezahlte Grundeinkommen knapp das Überleben gesichert und es wird nur an Arbeitslose ausbezahlt. Es ist keine fortschrittliche Vision, sondern eher eine Sparübung. Auch die Finanzierung wird in der Motion nicht beantwortet. Viele Mitglieder des Initiativkomitees befürworten eine Finanzierung über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die Mehrwertsteuer aber zählt zu den unsozialsten Steuern überhaupt. Es müssten sozialere Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden. Nicht zuletzt stellt sich die Frage, ob alle in Zürich wohnhaften Menschen anspruchsberechtigt wären – auch Geflüchtete oder Ausländerinnen und Ausländer – oder nur Schweizerinnen und Schweizer und was dies für unsere Gesellschaft und die angestrebte Chancengerechtigkeit bedeuten würde. Mit den Ausführungen des Stadtrats bin ich weitgehend einverstanden. Der äusserst interessante Bericht des Stadtrats zeigt die Probleme und Herausforderungen im Arbeitsmarkt und die Schwächen und Lücken der heutigen sozialen Sicherungssysteme auf. Sehr interessant sind auch die Ausführungen zu Umbau und Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, insbesondere der Hinweis auf die allgemeine Erwerbsversicherung. Die vom Stadtrat vorgeschlagenen Massnahmen umfassen eine bessere Unterstützung von Niedrigqualifizierten, die Integration und Entlastung von sozialhilfebeziehenden Menschen und die finanzielle Absicherung von armutsgefährdeten Familien. Sehr wichtig und unterstützenswert ist ein Pilotprojekt zu Ergänzungsleistungen für Familien. Die AL lehnt die vorliegende Motion ab, unterstützt das Anliegen aber in Form eines Postulats.*

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): *Bei der Motion zum bedingungslosen Grundeinkommen gefallen mir persönlich zwei Aspekte: Es ist ein dezentraler Ansatz und es wird experimentiert. Ich werde nun aber begründen, weshalb die FDP das Anliegen sowohl als Motion als auch als Postulat ablehnt. Die vorgeschlagene Lösung ist nicht finanzierbar und hätte massiv höhere Steuern zur Folge. Mir persönlich ist aber eine Argumentation mit der Menschenwürde und dem Menschenbild viel wichtiger. Die Sozialpolitik soll Arbeitsanreize beibehalten, damit, wer kann, für sich und die Anvertrauten sorgt und damit anderen nicht zur Last fällt. Man kann davon ausgehen, dass in jedem Land 90 % der Menschen für sich selber sorgen und vorsorgen könnten, wenn der Staat sie nicht*

durch exorbitante Steuern und andere Massnahmen daran hindern würde. Auch der ausufernde Sozialstaat stellt ein Hindernis dar. Die gezielte, an Bedingungen geknüpfte Hilfe an die 10 % Bedürftigen ist unbestritten. Ein unkontrolliert wachsender Sozialstaat aber hat mehrere gravierende Folgen für verschiedene weitere Bevölkerungsgruppen. Bei jenen Menschen, die, ohne je selber den Sozialstaat in Anspruch nehmen zu müssen, die wachsenden Ausgaben finanzieren müssen, verliert der Sozialstaat an Akzeptanz. Sie verlangen von uns zu Recht eine gezielte Sozialpolitik. Zur Mittelschicht: Viele Menschen könnten für sich selber sorgen, wenn der Staat sie nicht so stark besteuern würde, um den Sozialstaat zu finanzieren. Es sind Menschen, die wegen dem Staat anderen zur Last fallen. Eine ausufernde Sozialpolitik verletzt die Menschenwürde dieser Menschen. Nebst den Besserverdienenden, der Mittelschicht und den 10 %, die die Hilfe zu Recht erhalten, gibt es auch die Gruppe der eher gering Motivierten. In einem falsch konstruierten Sozialstaat werden sie kaum mehr arbeiten. Ich bitte die Linken um ein realistisches Menschenbild. In einem schlechten System, wie sie es wollen, arbeiten auch motivierte Leute schlecht. In einem guten System, wie wir es bisher haben, arbeiten auch wenig motivierte Leute immer noch gut. Wir haben ein sehr gut ausgebautes Sozialsystem, das auf den eidgenössischen Sozialwerken und auf erprobten Prinzipien der Subsidiarität basiert und unseren dezentralen Staatsaufbau berücksichtigt. Am Anfang steht die Selbsthilfe. Jeder versucht zuerst aus eigener Kraft, aus Problemen herauszufinden. Wenn das nicht reicht, gibt es Freunde und freiwillige Hilfsorganisationen. Wenn das immer noch nicht reicht, wird man durch die Sozialhilfe unterstützt. Diese ist an Bedingungen geknüpft und gewährt auf Antrag Hilfe. Die Rückzahlung sollte eine Selbstverständlichkeit sein und ist trotz finanzieller Mehrbelastung über eine längere Zeit wichtig, denn so bleibt die Menschenwürde erhalten. Als Freisinniger bin ich überzeugt, dass auch Menschen, die eine Rückzahlung ungern und unfreiwillig machen, sich danach besser fühlen und sich besser entwickeln. Für ein nachhaltiges Sozialsystem müssen drei Kriterien erfüllt sein, damit einer Person Hilfe gewährt wird. Erstens muss geprüft werden, ob die Person genügend Eigenanstrengungen unternimmt. Zweitens muss sie ohne eigenes Verschulden in die Notlage gelangt sein und drittens muss erfüllt sein, dass sie die Probleme nicht ohne Hilfe von aussen lösen kann. Wenn diese drei Kriterien erfüllt sind, soll der Staat helfen. Beim bedingungslosen Grundeinkommen sind die drei genannten Kriterien alle kein Thema. Die FDP hält diesen Ansatz für falsch und lehnt den Vorstoss deshalb ab.

Stefan Urech (SVP): *Ich möchte mich als SVP-Vertreter der Kreise 4 und 5 zum Vorstoss äussern. Oft erlebe ich am eigenen Leib, wie die nun als fortschrittlich bezeichneten linken Menschen in den genannten Quartieren mit anderen Menschen umgehen. An Standaktionen werden einem Flyer aus der Hand geschlagen, man wird beleidigt, wenn man Teil einer demokratischen Partei ist, die diesen Menschen nicht passt. Nur 25 % der Stimmberechtigten haben sich in der Schweiz für die Initiative ausgesprochen. Am meisten hat mich das Resultat in den Kreisen 4 und 5 überrascht. Gemäss den letzten Gemeinderatswahlen handelt es sich um einen tief rot-grünen Wahlkreis. Trotzdem haben nur 53 % dieses Kreises der Initiative zugestimmt. Somit wollen es nicht einmal die eigenen Leute. Aus meiner Sicht legitimieren diese tiefen Zahlen es nicht, die Kreise 4 und 5 als Katalonien von Zürich auszurufen. Ich halte es für interessant, dass die SP*

diesen Vorschlag kurz vor den Wahlen bringt. Wenn man in der Sozialindustrie oder in der Asylindustrie neue Stellen schafft, wird von einer Klientelpolitik der SP gesprochen. Nun kommen wir auf ein neues Level: Die SP verspricht der ganzen Bevölkerung bares Geld.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): In dieser Diskussion prallen Menschenbilder aufeinander. Für uns ist ein garantiertes Grundeinkommen eher eine zukunftsweisende Idee und ein emanzipatorisches Verständnis, wie Menschen unterwegs sind. Interessanterweise wird in der heutigen Gesellschaft ein Teil der Arbeit bezahlt, auch dann, wenn sie nicht nötig ist, nämlich, wenn man exakt das gleiche Produkt mehrfach produziert. Auf der anderen Seite steht aber auch Arbeit, ohne die die Gesellschaft auseinanderbrechen würde, so etwa die Care-Arbeit oder auch die Politik. Zahlreiche Menschen sind massiv von Armut betroffen und leben in permanentem Stress, obwohl sie den ganzen Tag arbeiten. Alleinerziehende leisten viel, indem sie nur schon die Kinder erziehen und den Haushalt machen. Auch Familien mit mehreren Kindern sind von Armut betroffen oder Langzeiterwerbslose, unter anderem über 50-Jährige, weil man diese nicht mehr in die Wirtschaft integriert. Viele Menschen arbeiten zwar, die Wirtschaft bezahlt ihnen aber keinen existenzdeckenden Lohn. Zunehmend mehr schlecht qualifizierte Menschen haben keine Chance mehr. Es stimmt zwar, dass es durch die Digitalisierung neue Arbeitsfelder geben wird. Viele werden jedoch auch wegfallen, besonders im einfachen Bereich. Deshalb sprechen auch namhafte, nicht linke Ökonomen von der Idee des Grundeinkommens. Wenn dieses existenzsichernd sein soll, entstehen für alle neue Freiheiten. Es kann einen Energieschub geben. Für jene, die heute auf die Sozialhilfe angewiesen sind, bedeutet es auch, von dieser Schmach weg zu kommen. Man hat endlich keine Existenzängste mehr. Das gibt neue Energie, um gesellschaftlich notwendige Arbeit zu erledigen, sich in den Bereichen Kultur, Sport oder Care-Arbeit oder in der Politik zu engagieren. Neuere Versuche zeigen, dass auch eher Geschäftsideen lanciert werden, da die Existenz gedeckt ist. Selbstverständlich widerspricht das Grundeinkommen nicht der Idee, dass noch zusätzliche Unterstützung geleistet wird und zum Beispiel in die Bildung investiert wird. Wir sollten diesem Versuch eine Chance geben und schauen, was dies in einer Gesellschaft bedeutet, die nicht mehr Arbeit für alle, sondern nur für einen sehr gut qualifizierten Teil anbietet.

Markus Baumann (GLP): Es hört sich auf den ersten Blick gut an, sich die Stadt als Labor eines zukunftsorientierten Pilotprojekts zur Förderung von sozialer Sicherheit vorzustellen. Es braucht neue Ideen. Darin sind sich alle einig. Man muss neue Erkenntnisse erhalten. Die heutigen Modellrechnungen der Entwicklung im Sozialkostenbereich sind sehr ungenau, die Wirkung ist nicht vollständig klar. Durch ein Pilotprojekt im Sinne eines bedingungslosen Grundeinkommens können wir neue Erkenntnisse gewinnen. Das Grundeinkommen kann eine Antwort auf den technologischen Fortschritt sein. Es betont die Werte einer Arbeit, schafft aber einen Ausgleich zu einer einseitigen Überbetonung der Erwerbsarbeit. Es verbindet Arbeit und Leben. Aus unserer Sicht ist es in der Einkommensordnung ein innovativer Schritt parallel zu den technischen Innovationen der digitalen Ökonomie. Die Theorie besagt, dass das Grundeinkommen Sicherheit, Freiheit und Raum für Innovation schaffen kann. Wir wissen es aber nicht. Auch im Mo-

tionstext fehlen einige spezifische Ausführungen und Fragen. Die entscheidende Frage bezogen auf die Finanzierung des Grundeinkommens lautet, wie sich Existenzsicherung auf Produktivität, Motivation und Qualität in der Wirtschaft und Gesellschaft auswirken wird. Das gilt es in einem Pilotprojekt zu überprüfen, damit daraus entsprechende Resultate verwertet werden können. Die Finanzierung wird im Motionstext nicht beleuchtet. Es gibt diverse Modelle dazu, so etwa das Reduzieren von personellen Strukturen oder eine Kostenreduzierung bei beruflichen sowie sozialen Integrationsmassnahmen beziehungsweise Ergänzungsleistungen. Man müsste sich dort auf das Wesentliche konzentrieren. Möglicherweise würden diverse Fach- und Beratungsstellen abgebaut und man könnte mit diesen Geldern in das Grundeinkommen investieren. Doch auch hier handelt es sich um eine Modellrechnung, die mit grossen Diskussionen verbunden ist, auch bei uns in der GLP. Wir haben keine wirkliche Erkenntnis darüber, was es genau braucht. Der Aspekt, dass man einen Teil der Strukturen im Sozialbereich abbauen könnte, muss eine Erkenntnis aus einem solchen Projekt sein. Deshalb sollte dieses Thema im Motionstext enthalten sein. Wir beantragen deshalb eine Textänderung zur Motion. In der Motion heisst es: «Der Stadtrat wird beauftragt, einen Pilotversuch mit bedingungslosem Grundeinkommen durchzuführen. Im Rahmen dieses Versuchs sollten auch innovative Sicherungssysteme erprobt werden, die den Gang in die Sozialhilfe für bestimmte Gruppen unnötig machen, beispielsweise durch Ergänzungsleistungen für Familien.» Im Anschluss an diese Textstelle folgt die von uns vorgeschlagene Textänderung: «In diesem Zusammenhang soll auch aufgezeigt werden, wie sich der Pilot auf die Stellenprozentage und der Aufgabenbereich der betroffenen sozialen Einrichtungen wie zum Beispiel Sozialberatung, Sozialarbeiter, Ergänzungsleistungen usw. auswirkt. Das bedingungslose Grundeinkommen muss für die Stadt Zürich finanziell kostenneutral sein.» Der Versuch ist eine Möglichkeit, etwas zu tun. Wir möchten gerne Erkenntnisse daraus ziehen. Im Falle einer Annahme des Textänderungsvorschlags würden wir der Motion zustimmen.

Alexander Brunner (FDP): Das Thema ist auch in den USA populär und wurde vom Unternehmer Elon Musk als mögliche Kompensation der Digitalisierung vorgeschlagen. Als Milliardär kann er sich das leisten. Der Grossteil der Bevölkerung in der Schweiz sprach sich gegen das bedingungslose Grundeinkommen aus. Im Vorstoss ist sehr viel Unschärfe enthalten. Ich las, dass der Pilotversuch in den Kreisen 4 und 5 stattfinden würde. Nun wurde gesagt, dass dies nicht der Fall sei. Zudem hat der Pilotversuch in der Realität durchaus eine Wirkung. Es ist nicht einfach etwas, was man einmal ausprobieren kann. Es stellen sich die Fragen, ob Wohnungsmieten und Grundstückspreise steigen, wenn man den Versuch in bestimmten Kreisen durchführt und ob die Leute in die entsprechenden Kreise ziehen. Man darf den Anreiz nicht unterschätzen. Die Höhe des Betrags oder dergleichen wurden in der Motion ebenfalls nicht thematisiert. Aus liberaler Sicht können wir es uns grundsätzlich vorstellen. Man würde die Sozialwerke entschlacken und den ganzen Strauss an Sozialleistungen abbauen. Der Bericht des Stadtrats ist sehr interessant. Er weist darauf hin, dass Ältere, Niedrigqualifizierte und Alleinerziehende Leidtragende sind. Es wird aber auch erwähnt, dass wir nach wie vor eine tiefe Arbeitslosenquote haben oder dass eine grosse Umlagerung in den tertiären Sektor stattgefunden hat. Auch das Thema der Bürokratie wurde erwähnt. Die Pyramide an

Sozialhilfeleistungen ist komplex. Das führt dazu, dass es Lücken, Überschneidungen und Fehlanreize gibt. Unter dem Gesichtspunkt Wahlkampf muss ich mich dem Verdacht anschliessen, dass hier ein Wahlkampfückerli versprochen wird, zumindest für die Kreise 4 und 5. Die SP spricht immer wieder von Ausgaben und nicht davon, wie man die Wirtschaft ankurbelt. Einerseits will man vergünstigten Wohnraum städtisch bezahlt all jenen geben, die es verdienen oder nicht verdienen, andererseits will man ihnen auch noch den Lohn geben, um ein vollkommen sorgenfreies Leben führen zu können. Ich glaube nicht, dass die SP näher an den Bürgern der Strasse ist. Ihre Ideen sind mittlerweile stark von den Bedürfnissen des normalen Bürgers entfernt. Es geht um Arbeit, mit der man sich sein Einkommen selber erwirtschaften will. Auch aus FDP-Sicht sind die Lösungen unter anderem bereits im Bericht enthalten. Man muss einerseits die Ausbildung, Weiterbildung und die Schule stärken. Wenn die Leute über eine Qualifizierung verfügen, können sie im tertiären Sektor bestehen, auch in der Digitalisierung. Es braucht gute Leute. Andererseits braucht es einen Bürokratieabbau. Für diesen braucht es nicht Experimente wie das vorgeschlagene, sondern Rezepte, die die FDP schon immer vertreten hat: Weniger Bürokratie, weniger Regulierung und gute Ausbildungen.

Samuel Balsiger (SVP): Das Postulat wurde in wohlwollende, sozial klingende Wörter verpackt. Mit dem Vorstoss offenbarte die SP aber, wie sie mit demokratischen Entscheidungen umgeht. Zum Vergleich: Am 12. Februar 2017 haben wir darüber abgestimmt, ob wir die Volksinitiative «Faires Wahlrecht für Züri – jede Stimme zählt» annehmen sollen. Dort ging es darum, ob das Quorum von 5 % bei den Gemeinderatswahlen in der Stadt Zürich auf 3 % gesenkt werden soll. Im Kreis 6 stimmten 55 % der Stimmenden zu. In der gesamten Stadt wurde das Anliegen abgelehnt. Wenn nun die CVP, die den Wahlkampf geführt hat, argumentieren würde, sie hätte im Kreis 6 eine Befürwortung von 55% erzielt und wollte die Regel deshalb flächendeckend in der Stadt einführen, wäre das absurd. Genau dasselbe wird aber hier getan. Es gibt wissenschaftliche Überlegungen, die besagen, dass bei einer Einführung des Grundeinkommens der Mehrwertsteuersatz auf 56 % erhöht werden müsste. Die Wirtschaft würde komplett zusammenbrechen. Wenn der Sozialstaat komplett abgeschafft würde sowie auch die Sozialindustrie und jede Weisung aus dem Kultursumpf und es stattdessen das Grundeinkommen geben würde, würde die Mehrwertsteuer auf 80 % schnellen. Das kann nicht funktionieren. Ein letztes Gedankenspiel: In sozialistischen Ländern werden solche Rezepte in einer breiten Masse angerichtet. Wo Linke an der Macht sind, wird Chaos angerichtet: hohe Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Ghettoisierung, hohe Schulden. Es gibt kein einziges Land in der Geschichte, das durch und durch links und erfolgreich war. Wenn rechte, bürgerliche Politik umgesetzt wird, funktioniert es. In den USA, in der Schweiz, überall, wo nach dem 2. Weltkrieg die soziale Marktwirtschaft eingeführt wurde, gab es Arbeit, Beschäftigung und Wohlstand. Wenn man sich öffnet und die Sache international betrachtet, wird man erkennen, dass linke Ideologie nicht viel wert ist.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Die Motion hat keine flächendeckende Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens zum Gegenstand, so wie das nun von Samuel Balsiger (SVP) am Beispiel der Senkung des Quorums für den Eintritt in den Gemeinderat insinuiert wurde. Es geht um einen Pilotversuch. Der Vorstoss ist sehr offen formu-

liert, die Rede ist aber nicht von einer flächendeckenden Einführung. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre eine grosse Veränderung in der Art und Weise, wie die gesellschaftliche Struktur aufgegleist wäre. Das ist uns bewusst. Es lohnt sich deshalb, zuerst einen Pilotversuch durchzuführen. Bei der diesjährigen Budgetdebatte werden einige Fraktionen aufgrund der ausgezeichneten Steuereinnahmen und finanziellen Situation der Stadt eine Steuersenkung vorschlagen. Die Stadt ist rot-grün regiert und macht eine erfolgreiche Finanzpolitik. Ich weiss nicht, wie man auf die Aussage kommt, rot-grüne Politik scheitere überall. Ich möchte noch einen Text vorlesen. Langjährige Ratsmitglieder erinnern sich vielleicht daran. Der Text lautet: «Die Sozialpolitik ist an einem Punkt angelangt, wonach eine Abkehr von dieser Entwicklung nicht mehr im Rahmen des bestehenden Systems durch Variation von Schwellenwerten, Bezugsdauer und anderen Parametern erreicht werden kann. Vielmehr ist eine grundsätzlich neue Ausrichtung in der Sozialpolitik anzustreben. Dazu sind nicht nur Modelle bereits durchdacht, sondern auch schon erprobt worden. Insofern besteht aus heutiger Sicht ein dringender Bedarf nach neuen Entscheidungsgrundlagen, die die Auswirkungen dieser alternativen Ansätze für die Stadt Zürich aufzeigen.» Es handelt sich um einen Auszug aus der Begründung des Postulats 2006/525, das damals von der FDP eingereicht und im Gemeinderat ohne jeglichen Widerspruch überwiesen wurde. Es sollte geprüft werden, was geschehen würde, wenn die negative Einkommenssteuer in der Stadt Zürich eingeführt würde. Ich finde es bedauerlich, dass der Geist nicht mehr präsent ist, den die FDP damals mit diesem Postulat bewies, nämlich ein Interesse daran zu haben, gewisse Evidenzgrundlagen zu erhalten, was beim Ausprobieren von neuen Systemen geschehen würde. Es ist ein hohes Interesse an der intellektuellen Auseinandersetzung vorhanden, aber man glaubt bereits zu wissen, was passiert. Niemand weiss jedoch, wie sich die Arbeitswelt in der näheren Zukunft entwickelt. Der Stadtrat hat mit dem sehr verdienstvollen Bericht aufgezeigt, in welche Richtung es gehen könnte. Mit der Digitalisierung werden grosse Chancen und grosse Umwälzungen auf uns zukommen. Wir sollten uns nicht in der falschen Sicherheit wiegen, heute zu wissen, welches die Auswirkungen auf die Arbeitswelt der Zukunft sind. Wir sollten uns an den Geist zurückerinnern, den ich damals in diesem FDP-Postulat gefunden habe, und einen Versuch wagen, der uns Evidenzgrundlagen liefert. Die GLP sollte sich überlegen, ob die Form des Vorstosses so entscheidend ist. Alle, die nun Offenheit signalisiert haben, sollten dem Postulat zustimmen und dazu beitragen, dass man gewisse Evidenzgrundlagen hat.

Karin Weyermann (CVP): Ich verstehe nicht, warum der Stadtrat das Anliegen als Postulat entgegennimmt. Der Bericht zeigt die Handlungsfelder auf. Er zeigt auf, wo es Lösungen braucht, aber er besagt auch, dass ein Ende der Erwerbsarbeit nicht absehbar ist und dass die Herausforderungen am Arbeitsmarkt hauptsächlich einzelne identifizierbare Gruppen betreffen. Er kommt zum Schluss, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen keine adäquate Lösung sein kann. Die CVP wird den Vorstoss sowohl als Motion als auch als Postulat ablehnen. Die Fragezeichen sind zu gross. Ein Ende der Erwerbsarbeit ist aus unserer Sicht nicht absehbar. Das heisst nicht, dass wir die Herausforderungen und auch die Chancen der Digitalisierung nicht sehen. Es wird Änderungen geben und es wird neue Lösungswege brauchen. Wir sehen diese aber nicht im bedingungslosen Grundeinkommen. Wir stören uns auch am Wort «bedingungslos». Es ging

vermutlich vielen der Stimmberechtigten so. Lediglich die Kreise 4 und 5 haben zugestimmt. Ich möchte den Ja-Anteil nicht kleinreden. Er entspricht aber nur einem kleinen Teil der Stadtzürcher Bevölkerung. Deshalb sehen wir nicht, dass man das bedingungslose Grundeinkommen nun einführen sollte, auch nicht als Pilotversuch. Zu viele Parameter sind noch unklar. Wir erwarten daraus nicht eine eindeutige Erkenntnis, die uns weiterbringt. Wir müssen das Problem in kleinen Schritten angehen. Wir können es nicht mit einem grossen Wurf lösen. STR Raphael Golta hat mit dem Bericht, aber auch mit seinem Arbeitsintegrationsprojekt begonnen, Lösungswege aufzuzeigen. Wir sollten zuerst diese angehen.

Walter Anken (SVP): Meine Eltern haben fünfzig Jahre lang auf ihrem Bauernhof gearbeitet und leben mit einer einfachen AHV-Rente von 1175 Franken. Nun sollen Leute von einem bedingungslosen Grundeinkommen von 3000 Franken leben, die nie etwas für die Gesellschaft getan haben, und andere, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, erhalten nur 1175 Franken. Es gibt genügend Arbeit. Davon bin ich überzeugt. Entscheidend ist, dass man die jungen Leute richtig ausbildet. Ich hätte gern ein bedingungsloses Grundeinkommen. Aber ich bin nicht bereit, 56 % oder 80 % Mehrwertsteuer zu zahlen. Das würden viele andere auch nicht tun. All dies kommt von der Masseneinwanderung. Man merkt nun langsam, was passiert, wenn zahlreiche unqualifizierte Leute in das Land kommen. Man weiss nicht mehr, was man mit ihnen tun soll und schlägt deshalb das bedingungslose Grundeinkommen vor. Wir können es nicht bezahlen. Ich persönlich arbeite gerne und leiste auch gerne etwas für die Gesellschaft.

Michael Schmid (FDP): Der Bericht des Stadtrats löste bei mir eine ähnliche Reaktion aus wie bei Karin Weyermann (CVP). Er legt dar, warum das Geforderte nicht funktionieren kann. Ich verstehe deshalb nicht, weshalb der Stadtrat das Anliegen nun trotzdem als Postulat entgegennehmen würde. Die Zahlen können nicht aufgehen. Allein der Begriff ist ein Etikettenschwindel. Es ist nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen. Das Grundeinkommen steht unter der zentralen Bedingung, dass Leute vorhanden sind, die das entsprechende Einkommen generieren, damit man es anschliessend verteilen kann. Es freut mich, wenn sich Dr. Jean-Daniel Strub (SP) noch so gut an die Vorstösse der FDP erinnert. Der Ansatz war damals aber genau das Gegenteil. Die negative Einkommenssteuer sollte Fehlanreize, die heute mit der Sozialhilfe gesetzt werden, dass nicht oder nicht mehr gearbeitet wird, korrigieren, während das Grundeinkommen genau diesen Fehlanreiz in sich darstellt. Wir lehnen den Vorstoss auch als Postulat ab.

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): Die linke Sicht auf die Digitalisierung ergibt keinen Sinn. Was mit der Motion geboten wird, ist eine Lösung auf der Suche nach dem Problem. Diverse Studien zeigen, dass dank der Digitalisierung gerade in der Schweiz mit einer gut ausgebildeten Bevölkerung und einem relativ freiheitlichen Arbeitsmarkt sehr breit mehr Stellen geschaffen werden. Wenn die Linke nun argumentiert, dass durch die Digitalisierung Arbeitsplätze verloren gehen, erwarte ich von ihr nachvollziehbare Antworten auf die Frage, warum die allgemeine Verwaltung der Stadt immer mehr Stellen benötigt. Das macht dann keinen Sinn. Trotz Weiterbildungsmaßnahmen gibt es Working Poor. In einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung gibt es keinen Mechanismus, der

garantiert, dass jede Person, die Vollzeit arbeitet, auch genügend Geld zum Leben verdient. Auf der einen Seite steht der Arbeitsmarkt mit Löhnen, die im Wesentlichen von Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Auf der anderen Seite stehen die Lebenshaltungskosten. Es ist kein Mechanismus vorhanden, dass das, was auf der einen Seite verdient wird, für die andere Seite reicht. Auch wir Freisinnigen kennen eine Welt jenseits von Angebot und Nachfrage. Auch wir wollen, dass Personen geholfen wird. Es ist eine politische Forderung. Es braucht den Staat. Es gibt bereits Lohnzuschüsse und diverse anderen Massnahmen, die an Bedingungen geknüpft sind. Ein echter Liberaler verschliesst sich nicht der Realität. Er anerkennt die Existenz von grossen Problemen und Missständen auch in einer freiheitlichen Gesellschaft und Wirtschaftsordnung. Die Linke glaubt, dass die freiheitliche Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung ursächlich für die Missstände verantwortlich ist. Bei der Suche nach Lösungen sind wir weder staatsfeindlich noch staatsgläubig. Wir haben eine gesunde Staatskepsis. Wir glauben nicht, dass alle Probleme und Missstände mit direkten staatlichen Eingriffen so einfach behoben werden können. Im Gegenteil. Wir beobachten oft, dass viele staatliche Eingriffe die Sache schlimmer machen. Für mich haben Arbeitnehmer einen Berufsstolz, ein Empfinden für Sinn, Würde und Schönheit eines Berufs. Sie kennen den gesellschaftlichen Platz und die Bedeutung ihrer eigenen Arbeit. Bei fast allen schliesst an eine anstrengende Lehre nahtlos eine permanente Weiterbildung an. Der bezahlte Lohn für gewissenhafte, saubere Arbeitsverrichtung ist auch eine Erkennung der Arbeitsleistung. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist eine Beleidigung und eine Geringschätzung der Arbeitnehmer für ihre Tätigkeiten und Anstrengungen. In der Schweiz haben wir eine relativ gezielte staatliche Sozialpolitik, subsidiär zu freiwilligem, vielfältigem sozialen Engagement von vielen Unbekannten und Ungenannten in der Zivilgesellschaft, die die Linken bewusst ignorieren, weil sie das freiwillige Engagement im tiefsten Innern ablehnen, anstatt glaubwürdig willkommen zu heissen. Es ist eine Konkurrenz zur staatlichen Sozialpolitik. Es ist eine Sozialpolitik, bei der man jene belohnt, die einem zjubeln. Für die FDP ist die Motion auch als Postulat inakzeptabel.

Urs Helfenstein (SP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln: *Es freut mich, dass im Rat bedingungslose Meinungsfreiheit herrscht. Zu den Voten äussere ich mich nicht mehr. Sie stehen für sich. Wir werden den Vorstoss als Postulat zur Abstimmung bringen. Die vorgeschlagene Textänderung lehnen wir ab.*

Dr. Christoph Luchsinger (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2017/405 (statt Motion GR Nr. 2016/404, Umwandlung) wird mit 61 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

13 / 13

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat